

## **Die Nordroute der ‚Underground Railway‘: Hilfe für GIs auf der Flucht nach Skandinavien<sup>1</sup>**

In Hamburg und Norddeutschland waren keine Einheiten der US Army stationiert, wenn man von der kleinen Hafen-Exklave in Bremerhaven absieht. Deshalb wurde die seit Mitte der 1960er Jahre weltweit begonnene Kampagne gegen den Vietnamkrieg, die auch zum Widerstand innerhalb der US-Streitkräfte aufrief, von norddeutschen SDS- und APO-Gruppen zunächst nicht praktisch unterstützt. Dagegen arbeiteten die SDS-Gruppen südlich der Main-Linie und in Westberlin bereits 1966/67 eng mit der US-Bürgerrechtsbewegung und dem GI-Untergrund zusammen.

Die enorme Bedeutung der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, der Sozialrevolte der Afro-Amerikaner und ihre Auswirkungen auf die US Army blieb jedoch auch in Hamburg nicht unbemerkt. Der junge Geschichtsdozent Imanuel Geiss berichtete in seinen Veranstaltungen über seine Erfahrungen, die er 1965/66 während seiner USA-Forschungsaufenthalte zur Geschichte der Afroamerikaner gemacht hatte. In den Periodika und Rundschreiben des SDS erschienen zahlreiche Artikel über die vor allem in Westberlin, Frankfurt und Heidelberg entstehenden Netzwerke: Die ‚U.S. Campaign‘ mit ihrer in Westberlin herausgegebenen Untergrundzeitung ‚Where It’s At‘, die in Heidelberg ansässige Soldatengewerkschaft ‚American Servicemen’s Union‘, und die im Frankfurter ‚Club Voltaire‘ sowie in einem eigenen ‚Coffee House‘ angesiedelten Außenstellen der in Paris und Stockholm entstandenen Communities von GI-Deserteuren, die dort nach der im Frühjahr 1967 erfolgten französischen und schwedischen Gewährung des Aufenthaltsrechts entstanden waren; 1969 kam noch das in Westberlin und Frankfurt gegründete ‚Black Panther Solidaritätskomitee‘ hinzu. Ausgehend von diesen Zentren breitete sich der GI-Widerstand auf zahlreiche Garnisonen der US Army aus, die auf die Regionen Rhein-Main, Rhein-Neckar und Franken-Oberbayern konzentriert waren. Als lokale Kristallisationspunkte fungierten dabei Dutzende von GI-Untergrundzeitungen.

---

<sup>1</sup> Dieser Bericht basiert auf meinen persönlichen Erinnerungen. Ich danke Paul Benedikt Glatz, der über dieses Thema promoviert hat, für die kritische Durchsicht.

Auch auf der SDS-Bundesebene wurden diese Aktivitäten ausdrücklich gutgeheißen. Die 22. SDS-Delegiertenkonferenz beschloss im September 1967, gemeinsam mit der US-amerikanischen Schwesterorganisation bei der Mobilisierung und Unterstützung des Widerstands innerhalb der US Army zusammenzuarbeiten. Im Februar 1968 folgte der internationale Vietnam-Kongress in Berlin, auf dem auch zwei afro-amerikanische Kriegsdienstverweigerer ihre Einberufungspapiere verbrannten. Es wurde zunehmend Konsens, alle zu unterstützen, die sich der Einberufung zum Einsatz in Vietnam entzogen, wobei unter Verweis auf das Urteil des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses klargestellt wurde, dass jeder Soldat das Recht hatte, gesetzwidrige Befehle zu verweigern. Da die amerikanische Kriegführung in Vietnam Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung systematisch mit einschloss, war die Ablehnung des Vietnam-Einsatzes generell durch das Widerstandsrecht gedeckt. Auf diesen ethischen Grundsatz wiesen die TeilnehmerInnen der Anti-Vietnamkampagne indirekt hin, als sie am 8. Mai 1968 im Rahmen eines internationalen Protesttags vor US-Garnisonen und US-Wohnsiedlungen Klebezettel anbrachten, auf denen es hieß: „May 8, 1945 GI's freed Europe – now free yourselves – DESERT.“

Den Akteuren der Solidaritätsgruppen wurde rasch klar, dass sie nicht bei Appellen stehen bleiben konnten: Denjenigen, die sich zur Flucht entschlossen, musste auch geholfen werden. Die Hauptmasse der dem europäischen Oberkommando (EUCOM bzw. USAREUR) unterstellten Einheiten der US Army war in der Bundesrepublik stationiert. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre waren dies etwa 230.000 Soldaten, von denen bis 1971 etwa ein Fünftel zum Kampfeinsatz nach Vietnam geschickt wurde. Da die Desertionszahlen in den USA und in Südostasien dramatisch anstiegen, und da sich auch in den EUCOM-Verbänden die militärische Disziplin drastisch lockerte, war auch in der BRD mit einem raschen Anstieg der Desertionszahlen zu rechnen. Zur Zeit der SDS-Delegiertenkonferenz 1967 wurde ein Anstieg auf bis zu 150 pro Monat für wahrscheinlich gehalten. Es wurde die Parole ausgegeben, die Desertionswilligen sollten sich normal beurlauben lassen und unbehelligt ins Ausland verreisen, um sich bei den auf den Flugblättern und in den Untergrundzeitungen angegebenen Anlaufadressen in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und der Schweiz zu melden. Da aber die Abmarschbefehle in Richtung Vietnam immer kurzfristiger ausgegeben wurden, war bald davon auszugehen, dass die Fluchtwilligen schon in der BRD

untertauchen mussten. Hinzu kamen zahlreiche – überwiegend afroamerikanische – GIs, die es in der Army nicht mehr aushielten, da die Militärjustiz mit zunehmender Härte gegen ihre Regelverletzungen und alle als ´commies, kookies and hippies´ Verdächtige vorging. Die Militärgefängnisse waren seit 1967/68 überfüllt und in einem desolaten Zustand.

Infolgedessen mussten die bislang mehr oder weniger spontan entstandenen Fluchtrouten besser organisiert werden. Als Vorbild dienten dabei die seit Mitte der 1960er Jahre entstandenen europäischen Netzwerke der ´War Resisters International´ und der Vierten Internationale, die die untergründigen Kommunikationswege des antifaschistischen Arbeiterwiderstands der 1930er- und 1940er-Jahre reaktiviert hatten (die kommunistischen Organisationen hielten sich abseits). In Frankfurt und Heidelberg bildeten sich klandestine Koordinationsgruppen, die sich aus der offenen Kampagnenarbeit zurückzogen und die wichtigsten Routen reorganisierten. Dabei etablierten sie jedoch keine separaten Kontaktnetze, sondern bauten die Kurier- und Transportwege in die Infrastruktur der Sozialrevolte ein: Wohngemeinschaften, Jugendzentren, politische Buchhandlungen, die Redaktionen der APO-Infoblätter, Landkommunen usw. Dieses Netz blieb jedoch von den Treffpunkten und Kommunikationswegen der Vietnamkampagne und der GI-Solidaritätsgruppen getrennt. Alles wurde von Person zu Person und nur mündlich verhandelt. Jede Art von Verschriftlichung – Protokolle, Adressen- und Personenlisten usw. – war verpönt. Die Koordinatoren der neuen Netzwerke hatten eine Menge auswendig zu lernen und mussten ihr Gedächtnisvermögen trainieren.

Im Herbst 1967 wurde eine informelle Abschnittsleitung für die ´Nordroute´ eingesetzt. Sie lief über die Zwischenhalte Hannover, Hamburg und Århus bzw. Kopenhagen und hatte die geflüchteten GIs über die dänische Grenze zu bringen. Wie sie das bewerkstelligen wollte, blieb ihr selbst überlassen; es gab lediglich sichere Ausgangs- und Zieladressen. Alle Treffen mit den Frankfurter Leitungsgruppe fanden am Rand der Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung, der ´Rote Punkt-Aktionen´ und anderer überregionaler Events der außerparlamentarischen Massenbewegung statt.

Das große Problem der Nordroute war die dänische Grenze. Sie zu überschreiten war keineswegs harmlos. Da das Stockholmer ´American Deserters Committee´ (ADC)

lautstark von sich reden machte und die Fluchtroute seit Anfang 1968 allgemein bekannt war, wurden die Grenzübergänge wirksam überwacht. Zudem waren in Nordschleswig erhebliche Bundeswehrkontingente konzentriert, sodass auch die grüne Grenze ihre Tücken hatte. Es bedurfte erheblicher Recherchen vor Ort, um eine tragfähige Lösung zu finden. Sie bestand in der Entdeckung der dänischen Minderheit Nordschleswigs: Sie genoss zwar einen komfortablen Minderheitenstatus, hatte ihre Erfahrungen mit der Nazi-Diktatur aber noch nicht vergessen und verfügte über einen soliden linkssozialistischen Flügel, der mit den lokalen Assoziationen, Wohngemeinschaften und Landkommunen der APO gut harmonierte. Die Dänen waren verständlicherweise professionelle Grenzgänger, und einige von ihnen ließen sich als Fluchthelfer gewinnen. Da sie jedoch nicht rund um die Uhr agieren konnten, und da auch die Kontaktgruppen in Århus und Kopenhagen informiert werden mussten, verbrachten die überwiegend schwarzen 'brothers' manchmal ein bis zwei Wochen in den Wohngemeinschaften und Landkommunen der Nordschleswiger APO. Dies geschah jedoch problemlos, denn die Szene wurde durch die dänische Minderheit solidarisch gedeckt – und manchmal auch mit Kleidung, Geld und Lebensmitteln unterstützt.

Nach der Lösung der mit dem Grenzübertritt zusammenhängenden Probleme begannen die ersten Transfers. Die Geflüchteten wurden in Kassel bzw. Hannover in Empfang genommen, in den Großraum Hamburg gelotst und von dort an die an der Ost- und Nordseeküste domizilierten Wohngemeinschaften und Landkommunen abgegeben, wo sie dann bis zum Grenzübertritt lebten. Daraus wurde recht bald Routine. Die Koordinatoren brauchten nur noch tätig zu werden, wenn ein Kettenglied ausfiel oder die 'Underground Railroad' überfüllt war. In solchen Fällen konnte man auch einmal auf die Parallel-Route der Gruppe Internationaler Marxisten (IV. Internationale) ausweichen, die über viele passionierte Segler verfügte und deshalb die Seewege bevorzugte. Weitere Engpässe entstanden auch dadurch, dass Aktivisten des GI-Untergrunds, nach denen heftig gefahndet wurde, so schnell wie möglich über die Grenze mussten. In solchen Fällen blieb den Koordinatoren nichts anderes übrig, als ihnen vertraute GenossInnen direkt anzusprechen, die sonst mit dem Ganzen nichts zu tun hatten: 'Liebe(r) NN, Du weißt schon – Vietnam, GI-Nordroute. Kannst Du morgen früh jemand mit Deinem PKW nach Kopenhagen bringen?' Da die ihnen Anvertrauten über gut gefälschte Urlaubsscheine der US Army verfügten und sich zudem bis Beginn der 1970er Jahre gegenüber deutschen Polizisten und Sicherheitsbeamten nicht

ausweisen mussten, war dieses Ansinnen keineswegs leichtfertig. Zudem wurde ihnen ein Grenzübergang benannt, an dem – auf den Informationsstand der Nordschleswiger Freunde war immer Verlass – keine verdeckten Ermittler der Militärpolizei (MP) oder Agenten des amerikanischen Militärgeheimdiensts (CID) disloziert waren. Nach dem derzeitigen Wissensstand ist kein über die Nordroute Geflüchteter in die Fänge der US-Militärjustiz geraten. Die Nordroute blieb im Übrigen bis zum Abzug der USA aus Vietnam im Jahr 1973 funktionsfähig.

Insgesamt haben zwischen 1967 und 1973 100-120 geflüchtete GIs die Nordroute genutzt. Das war ein knappes Zehntel aller derjenigen, die der US Army nicht nur für eine Zeitspanne von bis zu 30 Tagen (Absence Without Leave = AWOL) den Rücken kehrten, sondern sich dauerhaft von ihr verabschiedeten und ins französische und schwedische Exil gingen (noch viel mehr flohen nach Kanada). Die Route selbst wurde von etwa 300 bis 350 deutschen bzw. dänischen HelferInnen getragen, wobei etwa zwei Drittel von ihnen nur ein- oder zweimal aktiv involviert waren. Was aus der Kerngruppe geworden ist, weiß niemand, denn die lokalen Unterstützer (‘uncles’) kannten nur ihren Koordinator und vielleicht noch ein oder zwei Kuriere. Ihnen allen wird niemals ein Denkmal gesetzt werden, wenn man von Walter Mossmanns Chanson ‘Für meine radikalen Freunde’ absieht, das den Helfern der Nord Route gewidmet war. Stellvertretend für sie alle sei an zwei Aktivisten erinnert, die in ihrer Landkommune bei Flensburg nicht wenige ‘brothers’ beherbergten und später nach Hamburg übersiedelten: Siegfried Richter und Irmela Sell.

Hier ein Auszug aus dem „Lied für meine radikalen Freunde“ von meinem Freund Walter Mossmann

Dieses Lied ist für die Miriam,  
die sah damals Fotos aus Vietnam  
und wusste, in Hamburg, fern vom Schuss,  
was man gegen Krieg machen muss.  
Wir brachten ihr nachts einen Deserteur,  
hinter dem war die NATO her,  
sie fragte ihn nicht mal, wie er heißt,  
hat ihn nach Schweden geschleust.  
Ich hoff', sie wurde niemals gefasst,

für solche Taten gab's nämlich Knast,  
die Kriegsverbrecher aus Washington  
war'n auch am Ruder in Bonn.  
Dir Miriam blüht kein Friedenspreis,  
den pflückt ein Gangster, der Bomben schmeißt:  
Was Du getan hast, ist radikal  
- ach wär's doch normal!

<https://www.youtube.com/watch?v=FT339YfrPKs>